

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2016

4. August 2016



Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Landesregierung ist nun gute 100 Tage im Amt. Traditionell ist das der Zeitpunkt, die erste Bilanz zu ziehen.

Aufsehen erregendstes Thema war dabei bisher sicher die lange Liste der von Grün-Schwarz getroffenen **Nebenabreden zum Koalitionsvertrag**. Ich frage mich, warum die Regierung nicht in der Lage oder vielmehr nicht willens ist, alle ihr wichtigen Punkte im Koalitionsvertrag abzubilden. Immerhin ist dieser mit 138 Seiten der bisher umfassendste in der Geschichte des baden-württembergischen Landtags. Stattdessen wird in geheimen Nebenabreden und an den eigenen Parteien und den Landtagsfraktionen vorbei die Realisierung von 43 teilweise sehr kostspieligen Projekten ohne Rücksicht auf den zu konsolidierenden Landeshaushalt verabredet. Ich sehe dieses Vorgehen nicht nur als „Mauschelei“ an, sondern als bewusstes Hintergehen und Missachtung des Parlaments und der Öffentlichkeit. Damit tritt die Landesregierung unsere demokratische Kultur mit Füßen. Gerade Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seine selbsternannte Bürgerpartei, die im Wahlkampf Transparenz, Vertrauen und Stil wie eine Monstranz vor her sich hergetragen haben, haben damit ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Was aber diese Art demokratischer Unkultur tatsächlich erforderlich offenbart, ist das tiefe Misstrauen, das sich Grün und Schwarz entgegenbringen.

Das drückt sich gleichermaßen nämlich auch in der **Schaffung von 98 neuen Stellen** in den Ministerien aus. Insbesondere die Schaffung so genannter Spiegelreferate im Staatsministerium ist Ausdruck der Kultur eines tiefgründigen Misstrauens gegenüber dem Koalitionspartner. Mit der feudalen Ausstattung seines Hauses will sich der Ministerpräsident ganz offensichtlich eine Möglichkeit schaffen, mit der er kräftig in die einzelnen, vor allem CDU-geführten Ministerien hineinregieren kann. Das kommt dem Land und dem Steuerzahler teuer zu stehen.

Einen weiteren Schatten werfen die **Streitigkeiten innerhalb der AfD** auf die ersten Monate der Parlamentsarbeit in Stuttgart. In den vergangenen Landtagssitzungen hat sich diese Partei lediglich dadurch hervorgetan, sich ausschließlich mit sich selbst zu beschäftigen und unsere bewährte parlamentarische Demokratie schlechtzureden. Dabei ist unsere repräsentative Demokratie eine wichtige Grundlage dafür, dass es in Deutschland und Baden-Württemberg gelungen ist, auf den Trümmern des 2. Weltkriegs eine Gesellschaft aufzubauen, in der Freiheit, Toleranz und ein gelingendes Miteinander selbstverständlich sind. Die AfD dagegen beherrscht nicht im Mindesten die Spielregeln dieser Demokratie, in der die Opposition einen wichtigen Stellenwert als Kontrollorgan und Korrektiv der Regierungsarbeit innehat. Ausgezeichnet durch innerparteiliche Machtkämpfe, Rechtspopulismus und Verschwörungstheorien zeigt die AfD, dass sie absolut keine Alternative ist und niemals sein kann. Bisher hat sie das Parlament nur sehr viel Zeit und Nerven gekostet. Mit einer tatsächlichen Spaltung in zwei Landtagsfraktionen wird sie das Land und den Steuerzahler auch noch sehr viel Geld kosten.

Die parlamentarische Demokratie ist ein wichtiger Garant für den gesellschaftlichen Frieden. Mit großer Sorge sehe ich deswegen die jüngsten **Entwicklungen in der Türkei**. Die Selbstermächtigung von Staatspräsident Erdogan, die zunehmende Missachtung der Meinungsfreiheit und die Beschneidung der Grundrechte der Bürger entsprechen nicht dem Grundverständnis einer gewählten, repräsentativen Demokratie. Mit immer mehr neuen Verboten und Massenverhaftungen gefährdet Erdogan nicht nur den sozialen Frieden im eigenen Land, sondern auch in innerhalb der türkischen Community hier in Deutschland. Mit diesem autoritären Vorgehen strapaziert er die über Jahrzehnte aufgebauten Beziehungen der Türkei zu Deutschland und der gesamten EU.

Der Landtag verabschiedet sich in die parlamentarische Sommerpause. Ich werde ebenfalls mit meiner Familie einige Tage verreisen und den Sommer und die freie Zeit genießen. Ich wünsche Euch und Euren Familien einen tollen Sommer, eine erholsame Zeit und für heute wieder eine interessante Lektüre

Euer Andreas Stoch MdL

Die Sprecherfunktionen in der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg:

In den konstituierenden Sitzungen der Arbeitskreise wurden die entsprechenden Sprecherfunktionen festgelegt:



Ernst Kopp: Agrarpolitik, Strafvollzugsbeauftragter



Daniel Born: Arbeitsmarkt-, Wohnungspolitik, Frühkindliche Bildung, LSBTTIQ



Andreas Kenner: Jugend-, Familie-, Seniorenpolitik



Rainer Hinderer: Arbeitsmarktintegration, Gesundheits- und Suchtpolitik, Kommunalpolitik



Sabine Wölfle: Sozial-, Integrations-, Behinderten- und Frauenpolitik



Martin Rivoir: Verkehrspolitik, Wissenschafts- und Forschungspolitik



Sascha Binder: Innen- und Rechtspolitik, Verfassungsschutz, Medienpolitik, Polizeisprecher



Gabi Rolland: Hochschulpolitik und studentische Angelegenheiten, Umwelt- und Naturschutzpolitik



Gernot Gruber: Klima- und Energiepolitik, Sportpolitik



Dr. Stefan Fulst-Blei: Bildungspolitik



Reinhold Gall: Forst- und Jagdpolitik



Boris Weirauch: Wirtschaftspolitik



Peter Hofelich: Entwicklungs-, Europa-, Finanzpolitik, Tourismus



Gerhard Kleinböck: Schulpolitik und schulische Inklusion



Georg Nelius: Verbraucherschutzpolitik



Dr. Nils Schmid: Kulturpolitik

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!



In einer Aktuellen Debatte griff die SPD-Fraktion in der Landtagssitzung am 30.06.2016 das Thema der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen auf. Diese Ungerechtigkeit widerspreche dem Grundgesetz, nach welchem der Staat die Gleichberechtigung fördern müsse, so **die Frauenpolitische Sprecherin der SPD, Sabine Wölfle**. Die Beseitigung der Entgeltungleichheit sei in Zeiten des demografischen Wandels auch ein Gebot der Vernunft, um das gesamte gesellschaftliche Potential zu nutzen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) habe dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, der nun im Bundeskanzleramt auf Eis liege, weil die CDU eine Berichtspflicht für Firmen erst ab 500 Beschäftigte fordert. Damit sei das Gesetz quasi wirkungslos, weil es die meisten Unternehmen nicht betreffe. Das „Zu-viel-Bürokratie“-Argument lässt Wölfle nicht gelten, denn wenn die Firmen gleich entlohnen würden, gäbe es keine Bürokratie. Auch die frühere Landes-Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) habe eine Bundesratsinitiative dazu eingebracht, die nahezu identisch mit Schwesigs Gesetzentwurf war. Den Grünen wirft Wölfle vor, in dieser Sache das Wahlprogramm der CDU in den Koalitionsvertrag übernommen zu haben. Dort werde wieder lediglich der Dialog mit der Wirtschaft gefordert. „Diese ergebnislosen Gesprächsankündigungen haben die Gleichberechtigung im Land um Jahre zurückgeworfen“, kritisiert die Abgeordnete.

Finger weg vom Bildungszeitgesetz!

Die FDP/DVP-Fraktion brachte einen Gesetzentwurf für ein neues Bildungszeitgesetz ein. Darin fordern die Liberalen, dass sich die „Bildungszeit auf betriebsbezogene Fortbildungen konzentriert bzw. Fortbildungen mit Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeiten durch betriebliche Freistellungen unterstützt werden“. Warum dieser Entwurf eingebracht wurde, bleibt fraglich, denn wie bisherige Landtagsdebatten und Ausschussberatungen gezeigt haben, möchte die FDP/DVP das Bildungszeitgesetz komplett abschaffen. Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut (CDU) und die Regierungsfaktionen sprachen sich für eine Novellierung erst nach einer Evaluierung in zwei Jahren aus. Die SPD steht weiterhin hinter dem Bildungszeitgesetz. Es ist eine echte Errungenschaft für die Arbeitnehmer in unserem Land.

Der Gesetzentwurf von FDP/DVP wurde in der Sitzung am 21.07.2016 mehrheitlich abgelehnt. Lediglich die AfD-Fraktion unterstützte den Vorstoß der Liberalen.

Kritik am Nachtragshaushalt

Nach Zweiter und Dritter Lesung wurde der Dritte Nachtragshaushalt mehrheitlich von den Regierungsfaktionen am 21.07.2016 verabschiedet. Mit diesem Nachtrag berechnet sich das Haushaltsvolumen des Landes Baden-Württemberg für 2016 auf insgesamt 46,8 Milliarden Euro. Neu eingestellt werden 42 Millionen, um die jüngsten Unwetterschäden im Land zu beseitigen, neun Millionen Euro sind Investitionen in Bildung, ca. 2 Millionen Euro kosten die 98 zusätzlichen Stellen in den grün-schwarzen Ministerien.



Der Finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Peter Hofelich, kritisiert den Nachtragshaushalt als „Fehlstart“. Die enorme Stellenausweitung in den Ministerien werfe ebenso einen Schatten auf die Haushaltsberatungen wie die geheimen Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag. Die Notwendigkeit der neuen Stellen blieb in den Ausschussberatungen unklar. Sie seien Ausdruck einer „Kultur des Misstrauens“ zwischen Grünen und CDU und kostet den Steuerzahler unnötig viel Geld. Dieses Personalaufzurüsten in den Ministerien diene lediglich der gegenseitigen Beobachtung und Revierverteidigung. Hofelich begrüßt die zusätzlichen Investitionen in den Bildungsbereich. Hier sei der Haushalt allerdings bereits vorgeprägt durch die grün-rote Vorgängerregierung, die die Stärkung der Grundschulen durch eine erweiterte Kontingenzstundentafel vorsah (320 zusätzliche Lehrerstellen), ebenso wie die Verbesserung der gymnasialen Oberstufe (111 zusätzliche Stellen) und 200 neue Stellen zum Ende des Jahres zur weiteren Förderung von Flüchtlingskindern in Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Allerdings vermisst er die finanziellen Mittel für die Weiterbildung von Hauptschullehrern, die bereits von der Vorgängerregierung für den Dritten Nachtragshaushalt geplant gewesen seien. Diese wolle Kultusministerin Eisenmann (CDU) erst für 2017 beantragen, ohne aber zu wissen, ob Finanzministerin Sitzmann (Grüne) zustimmt. Ebenso akzeptiert sind die Hilfen für Unwetterschäden. Die neue Landesregierung sei schon mit diesem „kleinen Nachtrag, bei dem man eigentlich nichts falsch machen konnte“, in eine komische Lage geraten, urteilt Hofelich abschließend.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung insgesamt wurde von der SPD-Landtagsfraktion abgelehnt.

Im Wahlkreis

Ein Dankeschön an alle Wahlkampfhelferinnen und -helfer!



Um allen aus dem SPD-Kreisverband Heidenheim zu danken, die mich tatkräftig im Landtagswahlkampf unterstützt haben, veranstalteten wir ein Helferfest im Heidenheimer Jägerhäusle. Schon im Frühsommer 2015 hatte sich das Wahlkampfteam zum ersten Mal getroffen, um den Wahlkampf in den einzelnen Ortsvereinen langfristig zu planen und zu organisieren und möglichst viele Helferinnen und Helfer zu mobilisieren.



Ohne die ehrenamtliche Hilfe aus den Ortsvereinen und dem Kreisverband kann ein Wahlkampf nicht geführt werden. Dafür meinen ganz herzlichen Dank!



Auch wenn das Ergebnis für die SPD im Land insgesamt niederschmetternd war, so hat der Wahlkreis Heidenheim mit dem zweitbesten Ergebnis landesweit überdurchschnittlich abgeschnitten.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de |
Internet: www.andreas-stoch.de



Besonderer Dank gilt SPD-Regionalgeschäftsführer Stefan Oetzel, der sich um den gesamten Wahlkampf in Ostwürttemberg, Schwäbisch Hall und Hohenlohe gekümmert hat und just sein 25-jähriges Jubiläum als regional zuständiger hauptamtlicher Sozialdemokrat feiert. Herzlichen Glückwunsch!



Als Fraktionsführer im Landtag werde ich zukünftig der grün-schwarzen Landesregierung sehr genau auf die Finger schauen. Der SPD und ihrem Hauptanliegen, nämlich mehr soziale Gerechtigkeit im Land zu erzielen, werde ich Gehör verschaffen. Mit Leni Breymaier als designierter Landesvorsitzenden verspreche ich mir, dass wieder mehr Emotionalität in die Sozialdemokratie einzieht, denn die SPD ist eine Partei, die traditionell vor allem die Herzen der Menschen anspricht. Ich hoffe, dass wir beim bevorstehenden Bundestagswahlkampf wieder mehr Menschen im Land überzeugen können.



Wer Fotos vom Helferfest möchte (in besserer Auflösung), bitte im Wahlkreisbüro melden!

Und wer das SWR-Sommerinterview mit mir am 02.08. verpasst hat, hier zum Nach- oder Nachmalschauen:

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/sommerinterview-mit-andreas-stoch-die-glaubhaft-sozialere-alternative-sein/-/id=1622/did=17891188/nid=1622/7fy6ti/index.html>

oder: www.facebook.com/spdlandtagbw